

IM KLARTEXT

INFORMATIONEN ZUR SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Die Ludwig-Erhard-Stiftung ist bei aller Entschiedenheit ihres Engagements für Freiheit und Verantwortung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft von Parteien und Verbänden unabhängig. Sie ist als gemeinnützige Vereinigung voll anerkannt.

Dezember 2005



Da man sich nun etwas wünschen darf...

Als das Wünschen noch geholfen hat: So beginnen Märchen, die ein schönes Ende haben. Wenn das Wünschen helfen würde, dann gäbe es sicher viel mehr Arbeitsplätze in Deutschland. Denn die allermeisten derjenigen, die Monat für Monat als Arbeitslose ausgewiesen werden, würden sicherlich sofort das Arbeitslosengeld gegen einen Arbeitslohn tauschen, wenn sie Arbeit fänden. Es mag sein, dass die Möglichkeit, von Solidarhilfe zu leben, auch ausgenutzt wird. Aber wenn alle diejenigen eine Arbeit gefunden hätten, die wirklich eine suchen, dann wäre die Zahlung von – amtlich so genannten – Lohnersatzleistungen nicht zum Kostenproblem der Wirtschaft und zur Finanzlast der öffentlichen Kassen geworden.

Den Wunsch, es möge mehr Arbeitsplätze geben, muss man nicht ins Märchen verweisen. Was zu seiner Erfüllung zu tun ist, kann eine Politik leisten, die nicht auf übernatürliche Kräfte angewiesen ist. Mehr Arbeit wird es geben, wenn die Arbeitskosten nicht weiter steigen, wenn die Aufwendungen für die soziale Sicherung nicht weiterhin zu immer größer werdenden Kostenbestandteilen in den Betrieben werden, wenn der Einsatz der Arbeitskräfte flexibler auf Kundenwünsche und Auftragsfristen reagieren kann, wenn Produktivitätsfortschritte zur Kostensenkung genutzt werden können, wenn Energie zu tragbaren Kosten verfügbar ist, wenn nicht höhere Steuern beschlossen werden, die die Kaufkraft schmälern oder den Einsatz von Arbeit und Kapital verteuern. Alles das muss nicht vom Himmel erfleht werden. Eine kluge Politik könnte diese Liste Punkt für Punkt in der Legislaturperiode abarbeiten, die nun begonnen hat.

In den Festansprachen der Politiker wird vom Wunsch nach mehr Arbeitsmöglichkeiten in Deutschland die Rede sein und von den Bemühungen, den Wunsch Wirklichkeit werden zu lassen. Das müssen keine leeren Versprechungen bleiben, denn eine Politik für mehr Arbeit ist möglich. Allein aus der Kraft des Wünschens aber kann die Besserung der Verhältnisse nicht kommen. Den feiertäglichen Worten müssen Taten an den Werktagen der Politik folgen.

Hans D. Barbier

Weihnachtseinkauf

In den letzten beiden Monaten des Jahres erzielt der Einzelhandel in der Regel knapp ein Fünftel seines Jahresumsatzes. Da überrascht es wenig, dass die Händler alljährlich große Erwartungen in das Weihnachtsgeschäft setzen. Allerdings sind die Umsätze in der Adventszeit drei Jahre in Folge gesunken. 2004 haben die Läden im November und Dezember 68,1 Milliarden € umgesetzt. 2005 soll zumindest das Vorjahresniveau erreicht werden.

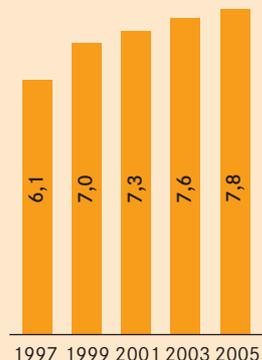
www.einzelhandel.de/servlet/PB/menu/1000404/Aktuelles.html

Energie-Subventionen

Die Subventionierung alternativer Energien wird häufig kritisiert. Aber auch die „alten“ Energieträger werden staatlich gefördert. Das Wup-

Energie-Subventionen

Förderungen für Kohle, Kernenergie und erneuerbare Energien in Milliarden €



* geschätzt

Quelle: Bund der Energieverbraucher

pertal Institut für Klima, Umwelt, Energie hat die Hilfen zusammengerechnet, die der Braunkohle gewährt werden: etwa eine Milliarde € pro Jahr.

Dabei handelt es sich um Steuerbegünstigungen gegenüber anderen Energieträgern – wie Gas und Öl –, um Freistellungen, zum Beispiel vom Wasserentnahmeentgelt, und um Subventionen zur Modernisierung der ostdeutschen Braunkohlewirtschaft – jährlich rund 150 Millionen €.

www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/

Leere Rentenkasse

Ohne Unterstützung aus dem Bundeshaushalt wäre die gesetzliche Rentenversicherung zahlungsunfähig. In diesem Jahr bezuschusst die Bundesregierung die Rentenkasse mit rund 80 Milliarden € aus Steuermitteln. Die neueste Hiobsbotschaft: Für die Dezemberzahlungen fehlen trotzdem 900 Millionen € – eine Summe, die erstmals in dieser Höhe durch ein Darlehen abgedeckt werden muss. Am Jahresende wird zudem die gesetzlich vorgeschriebene Schwankungsreserve (20 Prozent einer Monatsausgabe) um 2,5 Milliarden € unterschritten. Sie erreicht damit nur noch sieben Prozent der monatlichen Auszahlungen.

Die Schwankungsreserve soll konjunkturell bedingte

Einnahmeausfälle ausgleichen und eventuelle Defizite der Rentenversicherung decken. Bis zum Jahr 2001 war die Schwankungsreserve auf 100 Prozent einer Monatsausgabe festgelegt. Nach Senkungen auf 80 Prozent (2002), 50 Prozent (2003) und nun 20 Prozent kann von „Reserve“ keine Rede mehr sein.

www.deutsche-rentenversicherung.de/

Bundeszuschuss	
Bundesmittel für die gesetzliche Rentenversicherung in Milliarden €	
1980	15,0
1990	22,3
1997	51,4
1999	60,5
2001	69,3
2003	77,3
2005	79,9

Quelle: Bundesministerium der Finanzen/
Deutsche Rentenversicherung

Fragwürdige Gütesiegel

Der jüngste Fleischskandal zeigt: In der Lebensmittelkontrolle gibt es Lücken. Vermutlich werden gesetzliche Vorgaben ignoriert, weil die Entdeckungsfahr gering scheint.

Die Politik will nun verstärkt kontrollieren, aber auch prüfen, ob neue Gütesiegel helfen können, verlorenes Vertrauen zurück zu gewinnen. Allerdings gibt es längst zahlreiche Siegel, die für einwandfreie Ware bürgen sollen. In Deutschland gibt es allein für Fleisch bis zu 90 Gütesiegel. Die Hersteller verleihen sich solche Auszeichnungen jedoch häufig selber, und auch die Anforderungen, die eingehalten werden müssen, bestimmen sie selbst.

www.vzbv.de/go/dokumente/452/4/16/index.html

2005: Auszeit für die Soziale Marktwirtschaft

Vollbeschäftigung, Eigenverantwortung und Geldwertstabilität sind Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft. Die Im-Klartext-Redaktion betrachtet und bewertet die Entwicklungen in diesen Bereichen allmonatlich. Das bedauerliche Fazit: Auch in diesem Jahr waren positive Wertungen eher selten.

Es sieht nicht gut aus für die Soziale Marktwirtschaft: Sie hat sich 2005 ins Negative entwickelt. Besonders schlecht schneidet die Beschäftigungspolitik ab. Zwar konnte zwei Mal ein „Plus“ vergeben werden: Zum einen haben die ICHAGs den Arbeitsmarkt ein wenig entlastet; zum anderen haben Effizienzgewinne der Bundesanstalt für Arbeit zur Stabilisierung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung beigetragen.

Aber diese positiven Signale verdecken nicht, dass die Zahl der Arbeitslosen auch dieses Jahr auf hohem Niveau lag: Im Januar waren – erstmals seit Bestehen der Bundesrepublik – mehr als fünf Millionen Menschen ohne Arbeit. Im Jahresverlauf sank die Zahl dann zwar bis auf rund 4,5 Millionen. Aber angesichts der andauernden Probleme, Ausbildungs- oder Arbeitsplätze zu finden, war die überwiegend negative Wertung bei der „Vollbeschäftigung“ fast zwangsläufig.

Schwierige Situation für junge Erwachsene

Hauptursache für die Überzahl negativer Wertungen: Es ist 2005 wieder nicht gelungen, allen ausbildungs- oder arbeitswilligen jungen Erwachsenen einen erfolgversprechenden Start ins Berufsleben zu ermöglichen. Selbst wer den Berufseinstieg schafft, hat oft nur Arbeit auf

Zeit: Arbeitsverträge mit Berufsanfängern sind immer häufiger befristet. Wenn entsprechende Anschlussangebote fehlen, wird die Arbeitslosigkeit aber nur aufgeschoben.

Die Politik hat vieles versucht, um die Situation zu entschärfen. Beispielsweise sollte gemäß einer Vereinbarung zwischen dem Bundesministerium für Wirtschaft und der Bundesagentur für Arbeit kein junger Erwachsener unter 25 Jahren länger als drei Monate arbeitslos sein. Doch das angepeilte Ziel wurde mit durchschnittlich gut 20 Wochen weit verfehlt. Erneut zeigt sich: Förderprogramme helfen wenig.

Inflation steigt, Eigenverantwortung sinkt

Bei der Geldwertstabilität übersteigen die negativen Einschätzungen ebenfalls die positiven. Der allmähliche Anstieg der Inflationsrate auf über zwei Prozent – die Europäische Zentralbank spricht bis zu dieser Höhe von stabilem Geld – zehrt an den privaten Ersparnissen. Steigen die Preise, kann für den Euro weniger gekauft werden: Das ist die „klassische“ Inflation. Einen Kaufkraft-Verlust erleidet der Einzelne aber auch, wenn das Ersparte selbst schrumpft oder gar verschwindet, beispielsweise weil Wohneigentum zwangsversteigert werden muss. Zehnmal

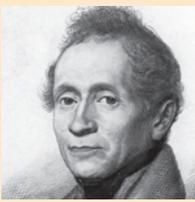
„Minus“, zweimal „Plus“ ist das bedenkliche Ergebnis für die Entwicklung in Sachen Geldwertstabilität.

Zunehmende Zahlungsprobleme der Verbraucher und nur wenig Erfreuliches aus dem Bereich Altersvorsorge haben beim Thema „Eigenverantwortung“ ebenfalls zu überwiegend negativen Wertungen geführt. Weil andererseits ein leichter Rückgang bei Unternehmensinsolvenzen sowie mehr Neugründungen gezählt wurden, konnte übers Jahr gesehen zumindest dieser Bereich viermal positiv gewertet werden.

Neue Regierung, neue Politik?

Alles in allem war 2005 erneut ein verlorenes Jahr auf dem Weg zu mehr wirtschaftlicher Dynamik und damit zu „Wohlstand für alle“. Als Symbol für den neuerlichen Stillstand kann die überraschende Entscheidung Ende Mai angesehen werden, einen neuen Bundestag zu wählen.

Die neue Regierung, die große Koalition aus CDU/CSU und SPD, hat Mitte November ihren Koalitionsvertrag „Mit Mut und Menschlichkeit“ vorgelegt. Am 30. November folgte die Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Angela Merkel. Ob Koalitionsvertrag oder Regierungserklärung: Beide zeigen, dass die große Koalition noch nach Auswegen aus der andauernden Krise sucht.



„Es ist gleichgültig, ob man den Leuten sagt: ihr sollt nicht frei, oder: ihr sollt und müsst gerade auf diese und keine andere Weise frei sein.“

Joseph von Eichendorff

Die Koalitionäre haben sich viel vorgenommen: Sie wollen die Wirtschaft dauerhaft stabilisieren. Die Arbeitslosigkeit abbauen. Den Aufbau Ost voranbringen. Die Lohnnebenkosten senken. Die Sozialsysteme zukunftssicher machen. Die Staatsverschuldung stoppen. Das Wirtschaftswachstum initiieren. Die Umwelt nachhaltig schützen.

Zahlreiche Lösungsvorschläge

Die Arbeitsmarktpolitik steht für die große Koalition an erster Stelle. Bundeskanzlerin Merkel hat in ihrer Regierungserklärung ausdrücklich betont, dass sie sich an der Arbeitsmarktpolitik messen lassen will: „Haben wir etwas erreicht, oder haben wir nichts erreicht? – Diesem Anspruch wollen wir uns auch stellen. Ich sage ausdrücklich: Das muss unser Ziel sein.“

Die Regierung will die Arbeitslosigkeit mit zahlreichen Einzelmaßnahmen bekämpfen: Die Probezeit bei Neueinstellungen wird von sechs auf 24 Monate verlängert. Junge Menschen sollen innerhalb von drei Monaten einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz finden. Ältere Arbeitnehmer kommen in den Genuss der „Initiative 50plus“, um ihr frühzeitiges Ausscheiden aus dem Arbeitsleben zu verhindern. Die „Ich-AGs“ werden nur noch bis Mitte 2006 gefördert, danach soll ein neues Programm für Existenzgründer geschaffen werden. Die Lohnzusatzkosten sollen verringert werden, indem die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung von derzeit 6,5 auf 4,5 Prozent sinken. Dazu soll

einerseits die Bundesagentur für Arbeit noch effizienter – und damit kostengünstiger – agieren. Andererseits sollen Steuereinnahmen – ein Prozentpunkt der für 2007 geplanten Mehrwertsteuererhöhung, rund acht Milliarden € – die fehlenden Beitragseinnahmen ersetzen.

All diese Vorschläge unterscheiden sich im Grundsatz kaum von der Politik der vorigen Regierung. Trotz der dürftigen Arbeitsmarkt-Ergebnisse der alten Bundesregierung hofft die große Koalition, durch die gleiche Politik – durch mehr staatliche Interventionen – mehr Arbeitsplätze schaffen zu können. Es ist zu befürchten, dass wir diese Politik in den kommenden Monaten eher mit „Minus“ als mit „Plus“ bewerten müssen.

Höhere Steuern, mehr Schulden

Im Hinblick auf die Geldwertstabilität scheint uns das Haushaltsgebahren besonders wichtig. Die große Koalition will eine andere Haushaltspolitik betreiben als die Vorgän-

gerregierung. Die derzeitige Schuldenlast von Bund, Ländern und Gemeinden beträgt 1,464 Billionen €. Die Anfänge dieser Verschuldung liegen für Bundeskanzlerin Merkel weit zurück: Die erste große Koalition von 1966 bis 1969 habe die Weichen falsch gestellt. Die zweite große Koalition soll nun den Kurswechsel mit einer „langfristigen Konsolidierungsstrategie“ schaffen.

Sie will die Steuern erhöhen (Mehrwertsteuer; „Reichensteuer“), diverse Steuererleichterungen streichen (Eigenheimzulage; Pendlerpauschale) und kurzfristig mehr Kredite aufnehmen. 40 Milliarden € soll das Haushaltsdefizit im kommenden Jahr erreichen. Diese Summe stellt den bisherigen Schuldenrekord ein, der 1996 aufgestellt wurde.

Höhere Steuern bedeuten, dass der Einzelne weniger Geld im Portemonnaie hat und weniger für eigene Zwecke verwenden kann. Höhere Staatsschulden haben zur Folge, dass mehr Geld aus dem Bundeshaushalt für Zinsen ausgegeben werden muss.

Mehr Freiheit wagen?

Bundeskanzlerin Merkel will laut Aussage in ihrer Regierungserklärung „mehr Freiheit wagen“. Im Koalitionsvertrag ist das als Strategie beschrieben, in der der Staat das Sagen hat. Er will „fördern und fordern“. Mittelstand und Existenzgründer, Familien und ältere Arbeitnehmer, Bildung und Forschung, Mehrgenerationenhäuser und Biokraftstoffe – jede Gruppe kann in den Genuss staatlicher Fürsorge kommen. Rund 420 Mal

findet sich „fördern“ oder „Förderung“ im Koalitionsvertrag. Weitere 40 Fundstellen geben Auskunft, wer – von den Jugendlichen bis zu den Schwellenländern – „unterstützt“ werden muss.

In der Regierungserklärung wird die geplante Förderung ehrlich in Euro ausgewiesen. Summiert man die aufgeführten Beträge, sind bis 2010 knapp 102 Milliarden € Fördermittel vorgesehen. Dem stehen vier Milliarden € gegenüber, die in der Arbeitsmarktpolitik und eine Milliarde €, die in der öffentlichen Verwaltung eingespart werden sollen.

Statt auf Eigenverantwortung, und damit auf Wettbewerb und Marktkräfte zu setzen, versuchen es die Koalitionäre auch hier mit staatlicher Intervention. Es passt aber nicht in eine marktwirtschaftliche Ordnung, wenn der Staat Hauptakteur und der Bürger nur Nutznießer der Politik ist.

Die Regierung will's richten

Ziel der Wirtschaftspolitik in der Sozialen Marktwirtschaft muss sein, jedem Freiheit zum Handeln zu garantieren. Wirtschaftsförderung und Umverteilung sind keine Ziele einer an Freiheit orientierten Politik.

Bundeskanzlerin Merkel bezeichnet ihre Regierung als „Koalition der neuen Möglichkeiten“. In ihrer Regierungserklärung hat sie mit „mehr Freiheit wagen“ das Notwendige angesprochen. Das begrüßenswerte Vorhaben droht gleich zu Beginn unter neuen Reglementierungen und Interventionen begraben zu werden.

Andreas Schirmer

Mehrwertsteuer	
Umsatzsteuer-Einnahmen in Milliarden €	
1950	2,3
1960	7,6
1970	13,7
1980	27,0
1990	43,3
1992	60,0
1994	99,8
1996	102,5
1998	104,1
2000	107,1
2002	105,5
2004	104,7

Quelle: Bundesministerium der Finanzen



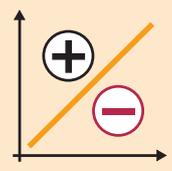
„In Deutschland herrschte lange die Auffassung vor, man könne Konsens durch Alimenterung herstellen. Diese Haltung hat nicht nur die Politiker geprägt, sondern auch die möglichen Empfänger staatlicher Hilfen.“

Peer Steinbrück, Bundesminister der Finanzen

IM KLARTEXT

Dezember 2005

INDEX



Die Soziale Marktwirtschaft im Dezember 2005

Ludwig Erhard hat mit der Sozialen Marktwirtschaft eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung realisiert, in der jeder die Chance hat, seine Lebensumstände in eigener Verantwortung zu gestalten. Wie es um die Soziale Marktwirtschaft heute steht, lässt sich nicht mit wenigen Worten sagen. Die Ludwig-Erhard-Stiftung möchte dennoch eine komprimierte Beurteilung vornehmen. Sie beleuchtet Monat für Monat einen besonderen Aspekt der Grundziele, die sich aus dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ergeben: Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und Eigenverantwortung.

Vollbeschäftigung



Die Bundesagentur für Arbeit (BA) meldet für November gut 4,5 Millionen Menschen ohne Arbeit, 25 000 Arbeitslose weniger als im Oktober. Üblicherweise steigt die Arbeitslosenzahl im November, weil in den vom Wetter abhängigen Außenberufen Kündigungen erfolgen. In den letzten fünf Jahren waren das im Durchschnitt 55 000.

Der jüngste Rückgang bietet wenig Grund zur Freude. Die minimale Besserung ist vor allem dem milden Wetter in der

ersten Novemberhälfte zu verdanken. Zudem hat die BA die Arbeitslosigkeit im November gegenüber den Vorjahren früher gezählt. Im Vergleich zum November 2004 waren jedoch knapp 274 000 Menschen mehr arbeitslos.

Geldwertstabilität

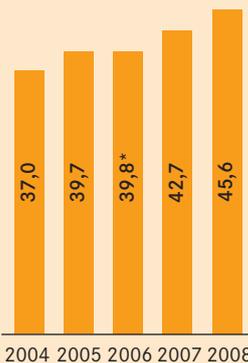


Weil der Staat nach allgemeiner Überzeugung nicht Pleite gehen kann, gibt es bei neu aufgelegten Schuldtiteln üblicherweise mehr Nachfrage, als Staatspapiere angeboten werden. Ende November konnte die Bundesrepublik eine Anleihe über acht Milliarden € aber kaum absetzen. Es gingen nur Kaufangebote über 7,96 Milliarden € ein. Eine derart schwache Nachfrage nach einer Bundesanleihe gab es zuletzt Ende 1999.

Einige Finanzmarktanalysten prognostizieren zudem, dass Deutschland die „AAA“-Einstufung – sehr hohe Kreditwürdigkeit – als Schuldner verlieren könnte. Die Herabstufung hätte zur Folge, dass der Staat höhere Risikoprämien für neue Schuldtitel anbieten müsste. Dadurch würde

Zinslast

Zinsausgaben des Bundes in Milliarden €



* Planung ab 2006

Quelle: Bundesmin. für Finanzen

die Zinslast des Bundeshaushaltes steigen. Als Faustregel gilt: eine Milliarde € Kredit kosten jährlich etwa 33 Millionen € Zinsen.

Die steigenden Zinskosten müssten entweder durch sinkende Staatsausgaben oder höhere Steuern ausgeglichen werden. Da der Politik erfahrungsgemäß ersteres kaum gelingt, werden im Fall der Fälle die Steuerzahler die entsprechenden Finanzierungslücken stopfen – mit Geld, das beispielsweise für die private Altersvorsorge fehlt.

Eigenverantwortung



Trotz anhaltender Probleme bei der gesetzlichen Rentenversicherung ziehen viele die private Altersvorsorge nicht in Betracht. Nur ein knappes Drittel der Menschen (31 Prozent) wissen genau, wie viel Rente ihnen zur Verfügung stehen wird; das hat die GfK erfragt. 20 Prozent der Befragten machen sich keine Gedanken, weil sie sich gut abgesichert fühlen. 27 Prozent sehen sich schlecht abgesichert. Besonders problematisch ist, dass ein Viertel der Befragten keinen finanziellen Spielraum hat, um vorzusorgen. Fazit: Rund 20,9 Millionen Menschen haben keine ausreichende Altersvorsorge.

Arbeitslose

jeweils November, in Millionen



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Gesetzliche Rente

Standardrente (45 Versicherungsjahre/Durchschnittsbeitrag) in €

Jahr	Bundesländer	
	alte	neue
1995	988	778
1997	1 010	861
1999	1 027	891
2001	1 053	916
2003	1 072	941
2005	1 081	951

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung

Impressum:

Herausgeber: Ludwig-Erhard-Stiftung · Johanniterstraße 8 · 53113 Bonn

Telefon 0228 / 5 39 88-0 · Telefax 0228 / 5 39 88-49

Redaktion: Andreas Schirmer · Fotos: picture alliance / ZB / akg-images

Druck und Herstellung: Druckerei Gerhards GmbH, Bonn-Beuel

erscheint monatlich · www.ludwig-erhard-stiftung.de

Ludwig Erhard